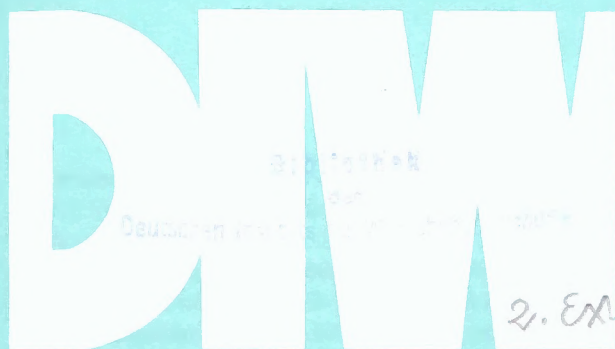




Privathaushalte und Wohnungsbedarf in Deutschland bis zum Jahr 2000	591
Die ökonomische Situation von Alleinerziehenden in der DDR und der Bundesrepublik Deutschland in den 80er Jahren	598

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 42/90

Berlin

18. Oktober 1990

57. Jahrgang

Privathaushalte und Wohnungsbedarf in Deutschland bis zum Jahr 2000

Angesichts der vorhandenen Defizite im Wohnungsbau und der zu erwartenden Bevölkerungsentwicklung im kommenden Jahrzehnt wird die Wohnungsbautätigkeit weit über das gegenwärtige Volumen hinaus ausgeweitet werden müssen, um den Bedarf zu decken. Zur Zeit liegt die Bautätigkeit bei knapp 400 000 Wohnungen: In Westdeutschland wird 1990 die Fertigstellung von 310 000 Wohnungen erwartet, in Ostdeutschland dürften es 60 000 sein. Künftig wird jedoch ein Neubau in der Größenordnung von 500 000 Wohnungen pro Jahr erforderlich sein. Darin ist ein beträchtlicher Ersatzbedarf eingeschlossen. Darüber hinaus werden die Aufwendungen für Sanierung und Modernisierung kräftig zunehmen müssen.

Bevölkerung und Haushalte

Das DIW hat im Februar dieses Jahres eine Vorausschätzung der Bevölkerungsentwicklung im früheren Bundesgebiet und im Juni eine für das Gebiet der ehemaligen DDR vorgelegt¹. Die Ergebnisse machen deutlich, daß für das frühere Bundesgebiet bis zum Jahr 2000 ein beträchtlicher Zuwachs der Wohnbevölkerung erwartet werden kann, für das Gebiet der ehemaligen DDR — mit wesentlich mehr Reserven an Siedlungsfläche — hingegen ein Rückgang. Neben der Binnenwanderung von Ost nach West ist mit einem anhaltenden Zuzug von Deutschen aus Osteuropa zu rechnen; auch der Anteil der Ausländer wird noch steigen.

Bevölkerung und Haushalte nehmen in Westdeutschland stark zu

Zwar gilt nach wie vor, daß die natürliche Bevölkerungsentwicklung weiterhin zu einem Rückgang der Einwohnerzahl führt, weil die Zahl der Geburten geringer ist als die der Sterbefälle. Doch wegen des positiven Wande-

rungssaldos übertraf Ende 1989 die Einwohnerzahl mit 62,8 Mill. das Ergebnis der Volkszählung 1987 um 1,7 Mill. In den ersten acht Monaten dieses Jahres sind — überschlägig geschätzt — bereits weitere 700 000 Personen ins Bundesgebiet eingewandert. Damit ist die Einwohnerzahl auf rund 63,5 Mill. gestiegen — ein Wert, der für Ende dieses Jahres erwartet wurde. Bis 1995 wird mit einer weiteren Zunahme auf reichlich 65,3 Mill. gerechnet. Erst danach flacht sich der Anstieg stark ab, bis zum Jahr 2000 auf fast 66 Mill.². Auch dieser Bevölkerungszuwachs geht fast ausschließlich auf Zuwanderungen zurück.

¹ Szenarien der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Bearb.: Erika Schulz. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 8/90, S. 93 ff. Szenarien der Bevölkerungsentwicklung in der DDR. Bearb.: Erika Schulz und Heinz Vortmann. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 23-24/90, S. 315 ff.

² Die hier zugrunde gelegten Werte entsprechen denen des Szenarios A aus der Vorausschätzung für das frühere Bundesgebiet und denen des Szenarios B aus der Vorausschätzung für das Gebiet der ehemaligen DDR. Vgl. Anm. 1.

Für die Abschätzung der künftigen Nachfrage nach Wohnungen kommt es nicht nur auf die Bevölkerungszahl an, sondern vor allem auf die Bevölkerung in Privathaushalten und die Größenstruktur dieser Haushalte³. Aus den Ergebnissen der Volkszählung läßt sich ableiten, daß 1987 etwa 60,5 Mill. Personen in Privathaushalten gewohnt haben. Rund 1 Mill. Personen lebten in Gemeinschaftsunterkünften und etwa 1,5 Mill. Personen hatten einen ständig bewohnten Zweitwohnsitz. Damit übertraf die Bezugsgröße „Bevölkerung in Privathaushalten“ die Zahl für die Wohnbevölkerung um 0,5 Mill. Wegen der starken Zuwanderungen dürfte sich insbesondere im Jahr 1989 die Zahl der Personen in Gemeinschaftsunterkünften drastisch erhöht haben. Nach vorsichtigen Schätzungen leben gegenwärtig 1,5 Mill. Personen in solchen Unterkünften. Dagegen ist vermutlich die Zahl der Zweitwohnsitze kaum gestiegen. Deshalb dürfte die Bevölkerung in Privathaushalten 1990 fast mit der Wohnbevölkerung (63,5 Mill. Personen) identisch sein. Geht man von einer konstanten Haushaltsgrößenstruktur aus, so ergibt sich im Vergleich zu 1987 allein aus der Zunahme der Bevölkerungszahl ein Zuwachs von 1,9 Mill. Haushalten bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt. In den nächsten zehn Jahren wird sich die Zahl der Haushalte weiter erhöhen.

In der Vergangenheit hat vor allem die Zahl der kleineren Haushalte zugenommen. Am kräftigsten stieg die Zahl der Einpersonenhaushalte, aber auch die Zweipersonenhaushalte nahmen stark zu. Rückläufig war hingegen die Zahl der Haushalte mit 4 sowie 5 und mehr Personen. Ursächlich für diese Entwicklung waren die zunehmende Haushaltsbildung von jüngeren Personen, die häufiger als früher zunächst allein wohnen, der Anstieg der Zahl der Paare ohne Kinder bzw. von Paaren, deren Kinder den Haushalt bereits verlassen haben, die Zunahme Geschiedener und Alleinerziehender sowie die Vergrößerung des Anteils Verheirateter, die getrennt voneinander leben.

Auch in Zukunft werden diese Entwicklungstendenzen anhalten: Die Zahl der Mehrgenerationenhaushalte wird weiter zurückgehen; die Entwicklung der Geburtenzahlen zeigt, daß Familien mit drei und mehr Kindern seltener werden. Für die nächsten zehn Jahre wird mit einer Verringerung der durchschnittlichen Haushaltsgröße gerechnet, von 2,3 Personen je Haushalt auf 2,2. Zudem wird unterstellt, daß die Zahl der Personen, die in Übergangswohnheimen leben, wieder abgebaut wird und die Zahl der Personen mit einem ständigen Zweitwohnsitz leicht zunimmt. Unter diesen Bedingungen erhöht sich die Zahl der Haushalte auf 29,4 Mill. im Jahr 1995 und auf 30,4 Mill. bis zum Jahr 2000. Auch wenn die Struktur der Haushalte und somit auch die durchschnittliche Haushaltsgröße aus dem Jahr 1987 konstant bleiben würde, ergäbe sich bis zum Jahr 2000 ein Zuwachs von 2,4 Mill. Haushalten gegenüber 1990. Diese Zunahme auf 30 Mill. ist als unterste Grenze für die Haushaltsentwicklung anzusehen.

Einwohnerzahl in den neuen Bundesländern weiter rückläufig

Nach der Volkszählung 1981 lebten auf dem Gebiet der damaligen DDR 16,7 Mill. Einwohner in 6,5 Mill. Haushalten; davon waren 1,7 Mill. Einpersonenhaushalte und 4,8 Mill. Mehrpersonenhaushalte. Bis zum Jahresende 1988 blieb die Einwohnerzahl konstant. Dies änderte sich im Verlauf des Jahres 1989 wegen der Abwanderungen ins Bundesgebiet. Geht man von der im Bundesgebiet erfaßten Zahl der Übersiedler aus, so dürfte sich die Zahl der Bevölkerung auf 16,3 Mill. bis zum Jahresende 1989 verringert haben⁴. Bis zum Ende 1990 wird die Einwohnerzahl in den fünf neuen Bundesländern (einschließlich Ost-Berlin) voraussichtlich auf 16 Mill. sinken. Angesichts der erwarteten Fortzüge wird die Bevölkerungszahl in Ostdeutschland weiter zurückgehen: auf 15 Mill. bis zum Jahresende 1995 und um weitere 0,5 Mill. bis zum Jahr 2000.

Für das Gebiet der früheren DDR wurden anders als im bisherigen Bundesgebiet keine Daten über die Zahl der Personen veröffentlicht, die in Gemeinschaftsunterkünften wohnten oder die einen Zweitwohnsitz hatten. Im

³ Die Zahl der Haushalte wird nach verschiedenen Konzepten erfaßt, zu nennen sind die Volkszählungen und die jährlichen Mikrozensus-Erhebungen, die erhebliche Unterschiede in der Zahl und Struktur der Haushalte ausweisen, obwohl die methodisch-definitiven Unterschiede an sich gering sind. Die im Rahmen des Mikrozensus ausgewiesenen Haushaltszahlen liegen für das Jahr 1987 um 0,8 Mill. über den Ergebnissen der Volkszählung; dabei weist der Mikrozensus mehr Ein- und Zweipersonenhaushalte, aber weniger Großhaushalte aus. Man muß annehmen, daß in den Volkszählungen faktisch eine Definition der Haushalte verwendet wird, die vorwiegend von der gemeinsamen Nutzung einer Wohnung ausgeht. Im Mikrozensus werden hingegen Personengemeinschaften aus verschiedenen Generationen oder Wohngemeinschaften von einzelnen Personen häufig als selbständige Haushalte gezählt. Deshalb weisen diese Zahlen eher auf einen latenten Wohnungsbedarf hin, während die Ergebnisse von Volkszählungen dies nicht zum Ausdruck kommen lassen. Für Projektionen wird indes ein Haushaltskonzept benötigt, das aus der jeweils vorhandenen Wohnbevölkerung abgeleitet werden kann; dabei muß von der Volkszählung ausgegangen werden. Zu beachten ist, daß auch in der VZ nicht unmittelbar die Wohnbevölkerung, sondern die „wohnberechtigte Bevölkerung“ in den einzelnen Gemeinden erfaßt wird. Erst nach einer Bereinigung um Personen mit mehreren Wohnsitzen ergibt sich die Wohnbevölkerung. Die Zahl der Personen in privaten Haushalten schließt diese regionale Doppelzählung teilweise ein (ständig genutzte Zweitwohnungen); hingegen sind die Personen, die in Gemeinschaftsunterkünften leben, nicht einbezogen. Vgl. hierzu auch: Lage und Perspektiven am Wohnungsmarkt. Bearb.: Bernd Bartholmai. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 24/89, S. 267 ff.

⁴ Vom Statistischen Amt der DDR wurden für das Jahr 1989 100 000 Fortzüge weniger registriert, als im Bundesgebiet als Übersiedler erfaßt wurden. Es ist von einer Untererfassung der Fortzüge auszugehen, da sich nicht alle Personen abgemeldet haben. Aber auch bei der Erfassung der Übersiedler sind Fehler in Form von Doppelzählungen aufgetreten. Die exakte Zahl der Fortzüge konnte noch nicht ermittelt werden. Da die Doppelzählungen wohl nicht die Größenordnung der Untererfassung erreichen, wird hier von den Übersiedlerzahlen ausgegangen.

Rahmen der Volkszählung 1981 wurde jedoch die Bevölkerung in Privathaushalten ermittelt, sie war um 430 000 geringer als die Wohnbevölkerung⁵. Die Differenz zur Wohnbevölkerung dürfte sich allein aus der Zahl der Personen in Gemeinschaftsunterkünften ergeben. Sie wurde für den Vorausberechnungszeitraum konstant gelassen, weil zwar die Einwohnerzahl bis zum Jahr 2000 zurückgehen, die Zahl älterer und pflegebedürftiger Personen aber zunehmen dürfte. Die Bevölkerung in Privathaushalten wird sich dementsprechend bis auf 14 Mill. im Jahr 2000 verringern.

Auch in der früheren DDR war ein Trend zur Verkleinerung der durchschnittlichen Haushaltsgröße zu beobachten. Während nach der Volkszählung 1981 durchschnittlich 2,51 Personen in einem Haushalt lebten, waren es 1988 nur noch 2,45. Dies ist vorwiegend auf die Zunahme der Einpersonenhaushalte zurückzuführen. Die durchschnittliche Zahl der Personen in Mehrpersonenhaushalten verringerte sich hingegen kaum. In der DDR waren bislang die Scheidungshäufigkeiten höher als im Bundesgebiet, und es gab wesentlich mehr Alleinerziehende. 1988 waren 38 vH der Frauen, die ein Kind zur Welt brachten, ledig.

Es ist zu erwarten, daß sich die Zahl der Zweit- und Drittkinder unter den geänderten Rahmenbedingungen (z.B. vorgesehene Schließung von Betriebskindergärten) künftig weiter verringern wird. Insgesamt wird unterstellt, daß in den neuen Bundesländern die durchschnittliche Haushaltsgröße abnehmen wird. Dennoch wird sie auch im Jahr 2000 noch über der in den übrigen Bundesländern liegen.

Unter diesen Bedingungen ist ein Rückgang der Zahl der Haushalte in den neuen Bundesländern auf 6,3 Mill. bis zum Jahr 2000 wahrscheinlich; dabei wird die Zahl der Einpersonenhaushalte auf über 1,9 Mill. steigen und die Zahl der Mehrpersonenhaushalte auf 4,3 Mill. sinken.

Zahl der Haushalte bei alternativen Wanderungsannahmen

Die Höhe der innerdeutschen Wanderungen hängt stark von der wirtschaftlichen Entwicklung in den neuen Bundesländern ab. Deshalb ist in einem Szenario B angenommen worden, daß die wirtschaftliche Entwicklung günstiger verläuft als im Szenario A. In diesem Fall dürften die Fortzüge ins übrige Bundesgebiet geringer ausfallen. Hinzu kommt, daß künftig auch die neuen Bundesländer gehalten sein werden, anteilmäßig Aussiedler und Asylbewerber aufzunehmen. Im Szenario B wird unterstellt, daß rund eine halbe Million Personen weniger aus den neuen Bundesländern abwandern, als im Szenario A angenommen worden war. Zusätzlich wird mit einem Zuzug von 300 000 Aussiedlern und Ausländern gerechnet. Aufgrund dieser veränderten Annahmen verringert sich die Zahl der Wohnbevölkerung in den neuen

Bundesländern im Vergleich zu 1990 lediglich um 0,6 Mill. und die Zahl der Haushalte bleibt — bei einer leichten Zunahme der Einpersonenhaushalte — insgesamt etwa gleich hoch.

Entsprechend ergibt sich für die bisherigen Bundesländer ein geringerer Anstieg der Einwohnerzahl auf 64,9 Mill. bis zum Jahr 2000, die Zahl der Haushalte erhöht sich auf 30 Mill. Insgesamt wird mit einer Zunahme der Einwohnerzahl in Deutschland auf etwa 80 Mill. gerechnet. Die Zahl der Haushalte steigt auf 36,6 Mill.

Perspektiven für den Wohnungsbau im bisherigen Bundesgebiet

Setzt man die Ergebnisse des Szenarios A für das bisherige Gebiet der Bundesrepublik in eine Vorausschätzung des Zusatzbedarfs an Wohnungen um, so ergeben sich folgende Eckwerte:

- Die Zahl der Privathaushalte wird im Jahr 2000 mit 30,4 Mill. um 4,2 Mill. größer sein als 1987, obwohl die anhaltende Tendenz zur Verkleinerung der Haushalte recht vorsichtig fortgeschrieben worden ist (Szenario A).
- Der Wohnungsbestand wurde im Ausgangsjahr 1987 mit 26,2 Mill. ermittelt⁶. Schon damals war jedoch ein Fehlbestand, etwa in der Größenordnung eines Baujahrgangs (0,3 Mill.), zu verzeichnen⁷. Der erforderliche *Nettozugang* an Wohnungen wäre deshalb mit 4,5 Mill. bzw. rund 350 000 pro Jahr zu beziffern.
- Hinzu kommt ein *Ersatzbedarf* für Abgänge. In den letzten Jahren lag er um jeweils 70 000. Neben den statistisch erfaßten Abrissen (rund 15 000) wurden dem Markt Wohnungen durch Zusammenlegung oder Zweckentfremdung entzogen (rund 55 000). Dies dürfte in Zukunft weniger der Fall sein, u.a. weil die Städte die Vorschriften zur Vermeidung von Zweckentfremdung schärfer anwenden werden. Von 1987 bis 2000 wird ein Ersatz von 0,8 Mill. Wohnungen erwartet.
- Erforderlich wäre also ein *Bruttozugang* von 5,3 Mill. Wohnungen in diesem Zeitraum von 13 Jahren. Zieht man die Zahl der von 1988 bis zum Ende dieses Jahres fertiggestellten Wohnungen ab (0,8 Mill.), so müßte die *Bautätigkeit* im kommenden Jahrzehnt 450 000 Wohnungen pro Jahr erreichen.

⁵ Augenscheinlich weicht die Definition von der im Bundesgebiet ab; Personen mit einem zweiten Wohnsitz werden vermutlich — wie bei der Wohnbevölkerung — nur einmal erfaßt. Auch für die Vorausberechnung der Haushalte wird von dieser Definition ausgegangen.

⁶ Wohnungen in Wohngebäuden und sonstigen Gebäuden mit Wohnraum ohne Ferienhäuser mit nur 1 oder 2 Freizeitwohnungen.

⁷ Vgl.: Lage und Perspektiven am Wohnungsmarkt, a.a.O., S. 274.

Tabelle 1

Vorausberechnungen der Bevölkerung und privaten Haushalte bis 2000

	Bestand zum Jahresende ¹⁾									Veränderung				
						Szenario A		Szenario B		Szenario A			Szenario B	
	1981	1987	1988	1989	1990 ³⁾	1995	2000	1995	2000	1987/90	1990/95	1995/2000	1990/95	1995/2000
Bundesgebiet (alte Abgrenzung)	in Millionen Personen													
Wohnbevölkerung	61,6	61,1	61,7	62,8	63,5	65,3	65,7	64,8	64,9	2,4	1,8	0,4	1,3	0,1
Bevölk. in Gemeinschaftsunterk.	1,0	1,0	1,0	1,3	1,5	1,4	1,2	1,3	1,1	0,5	-0,1	-0,2	-0,2	-0,2
Bevölk. mit ständ. Zweitwohnsitz	1,3	1,5	1,5	1,6	1,6	1,8	2,0	1,8	2,0	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2
Bevölkerung in Privathaushalten	61,8	61,6	62,2	62,9	63,6	65,7	66,5	65,3	65,8	2,0	2,1	0,8	1,7	0,5
Private Haushalte	24,7	26,2	26,7	27,2	27,6	29,4	30,4	29,3	30,0	1,4	1,8	1,0	1,7	0,7
Einpersonenhaushalte	7,4	8,8	8,9	9,0	9,1	9,3	9,5	9,3	9,4	0,3	0,2	0,2	0,2	0,1
Mehrpersonenhaushalte	17,3	17,5	17,8	18,2	18,5	20,1	20,9	20,0	20,6	1,0	1,6	0,9	1,5	0,6
	in Personen													
Personen je Haushalt insgesamt	2,5	2,4	2,3	2,3	2,3	2,2	2,2	2,2	2,2	-0,0	-0,1	-0,1	-0,1	-0,0
dar.: in Mehrpersonenhaushalten	3,1	3,0	3,0	3,0	2,9	2,8	2,7	2,8	2,7	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1
	Wanderungssaldo innerhalb des angegebenen Zeitraumes in 1000 Personen													
nachrichtlich:														
innerdeutsche Wanderungen	15,4	19,5	39,8	344,0	400,0	80,0	60,0	40,0	20,0	783,8	780,0	300,0	500,0	100,0
Aussiedler	69,3	78,5	202,7	377,0	355,0	75,0	45,0	55,0	35,0	934,7	745,0	225,0	645,0	175,0
übrige Deutsche	-4,4	-7,0	-2,0	-5,0	-5,0	-5,0	-5,0	-5,0	-5,0	-12,0	-25,0	-25,0	-25,0	-25,0
Ausländer	86,0	139,0	290,0	250,0 ²⁾	100,0	100,0	50,0	80,0	40,0	640,0	500,0	250,0	400,0	200,0
Gebiet der ehemaligen DDR	in Millionen Personen													
Wohnbevölkerung	16,7	16,7	16,7	16,3	16,0	15,0	14,5	15,6	15,4	-0,7	-1,0	-0,5	-0,4	-0,2
Bevölk. in Gemeinschaftsunterk.	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bevölk. mit ständ. Zweitwohnsitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bevölkerung in Privathaushalten	16,3	16,2	16,2	15,9	15,6	14,6	14,1	15,2	15,0	-0,7	-1,0	-0,5	-0,4	-0,2
Private Haushalte	6,5	6,6	6,6	6,6	6,6	6,3	6,3	6,6	6,6	-0,1	-0,2	-0,1	0,0	0,1
Einpersonenhaushalte	1,7	1,9	1,9	1,9	2,0	2,0	1,9	2,0	2,1	0,1	-0,0	-0,0	0,1	0,0
Mehrpersonenhaushalte	4,8	4,8	4,8	4,7	4,6	4,4	4,3	4,5	4,6	-0,2	-0,2	-0,0	-0,1	0,0
	in Personen													
Personen je Haushalt insgesamt	2,5	2,5	2,5	2,4	2,4	2,3	2,3	2,3	2,3	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1
dar.: in Mehrpersonenhaushalten	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	2,9	2,8	2,9	2,8	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1
	Wanderungssaldo innerhalb des angegebenen Zeitraumes in 1000 Personen													
nachrichtlich:														
innerdeutsche Wanderungen	-15,0	-19,5	-39,8	-344,0	-400,0	-80,0	-60,0	-40,0	-20,0	-783,8	-780,0	-300,0	-500,0	-100,0
Aussiedler	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	20,0	10,0	0,0	0,0	0,0	100,0	50,0
Ausländer	—	—	—	—	—	—	—	20,0	10,0	—	—	—	100,0	50,0

¹⁾ Für 1987 im Bundesgebiet Ergebnisse der Volkszählung. — ²⁾ Geschätzt. — ³⁾ Werte aus der Vorausberechnung. Bis Ende August 1990 sind bereits 143 000 Asylbewerber, 309 000 Aussiedler und schätzungsweise 258 000 Personen aus der ehemaligen DDR ins Bundesgebiet gezogen; die tatsächlichen Werte dürften somit höher ausfallen.

Eine Anspannung am Wohnungsmarkt zeichnete sich bereits vor zwei Jahren ab. Die hohen Zuwanderungen verschärften die Situation. Im vergangenen Jahr reagierte die Wohnungspolitik mit neuen Förderungsprogrammen⁸. Diese Förderprogramme sind jedoch auf eine Bautätigkeit zugeschnitten, die weit unter dem jetzt erforderli-

chen Niveau liegt. Der Orientierungswert, „eine Million Wohnungen in drei Jahren“, kann nicht mehr gelten.

⁸ Vgl.: Wohnungsbau 1989 und 1990: Förderung nicht ausreichend. Bearb.: Bernd Bartholmai. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 3/1990.

Auch wenn man das Szenario B heranzieht, bei dem unterstellt wird, daß alle Anstrengungen der Wirtschafts- und der Wohnungspolitik sich darauf richten werden, das Attraktivitätsgefälle von West nach Ost rasch zu mindern, ergibt sich für das bisherige Bundesgebiet noch ein starker Anstieg des Wohnungsbedarfs:

- Der Nettozugang an Wohnungen von 1987 bis zum Jahr 2000 wäre dann gegenüber der Volkszählung mit 4,1 Mill. zu veranschlagen (wenn neben dem Zuwachs an Haushalten ebenfalls ein Fehlbstand von 0,3 Mill. berücksichtigt wird).
- Der erforderliche Bruttozugang beliefe sich, von 1991 an gerechnet, auf eben diese Größe (weil sich der projizierte Ersatzbedarf und die bisherige Bautätigkeit aufwiegen).

Die Zielgröße, an der sich die Wohnungspolitik ausrichten sollte, wäre dann der Bau von gut 400 000 Wohnungen pro Jahr.

Die Vorausschätzungen der Wohnbevölkerung und der Zahl der Haushalte zeigen, daß der Zuwachs bis zum Jahre 1995 zunächst sehr hoch sein und sich erst in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts abflachen wird. Daraus ist zu folgern, daß die jährliche Bauleistung schon auf kurze Sicht forciert werden und zunächst deutlich über das genannte Niveau hinausgehen müßte, später aber unter dieses Niveau zurückfallen könnte.

Gemessen an den Kapazitäten und den politischen Steuerungsmöglichkeiten ist eine solche Entwicklung jedoch schwerlich zu realisieren. Dennoch sollte der Befund nicht abgetan werden. Die Zeichen der Anspannung am Wohnungsmarkt — extremer Mietenanstieg in den Großstädten, Unterbringung von Hunderttausenden in Notquartieren auf lange Zeit, steigende Obdachlosigkeit — sind unübersehbar. Die zur Zeit eher abwartende Haltung in der Wohnungspolitik ist dieser Problemlage nicht angemessen.

Perspektiven für den Wohnungsbau in den neuen Bundesländern

Auch ein beträchtlicher Bevölkerungsverlust in den östlichen Bundesländern würde sich auf die Zahl der dort lebenden Haushalte nicht allzu stark auswirken (Szenario A). Der Rückgang wäre mit rund 300 000 zu beziffern. Die verringerte Zahl der Haushalte bedeutet jedoch keineswegs, daß die Bautätigkeit weiter zurückfallen dürfte⁹, denn

- knapp 1 Million Wohnungen können wegen des schlechten Bauzustandes kaum noch erhalten werden;
- zum Ausgleich des derzeitigen Fehlbstandes und als Fluktuationsreserve werden etwa 200 000 Wohnungen benötigt. Der auch bei abnehmender Bevölkerung in der DDR erforderliche Wohnungsneubau ist vor allem Ersatzbedarf, wobei die Erneuerung von Stadtzentren im Vordergrund stehen wird. Erforderlich wäre der Bau von jährlich 80 000 Wohnungen, also nicht viel weniger als in den letzten Jahren.

Bei dieser Schätzung ist zu berücksichtigen, daß sich Neubau und „Rekonstruktion“ kaum voneinander abgrenzen lassen. Der Ersatzbedarf betrifft auch Teile des Neubaus aus der Zeit nach 1960: Einerseits handelt es sich um Wohnungen in äußerster Schlichtbauweise, deren Sanierung und Modernisierung kaum noch lohnt; andererseits sind Trabantenstädte an einigen Altindustriestandorten vom Leerstand bedroht.

Die politische Vernunft gebietet, alles daran zu setzen, die ökonomischen Bedingungen für die Lebensverhältnisse in den neuen Bundesländern so zu verbessern, daß die im Szenario A unterstellten Abwanderungen verringert werden. Dies ist auch im Hinblick auf den regionalen

⁹ Die Ursachen dafür werden im Exkurs „Zum hohen Ersatzbedarf in Ostdeutschland“ dargestellt.

Tabelle 2

Erforderlicher Wohnungsneubau in Deutschland im Zeitraum 1991 bis 2000

Gebiet	Wohnungs- bestand 1990	Szenario A				Szenario B			
		Netto- zugang ¹⁾	Ersatz von Abgängen	Brutto- zugang	jährliche Bautätig- keit	Netto- zugang ¹⁾	Ersatz von Abgängen	Brutto- zugang	jährliche Bautätig- keit
	in Mill.	in Mill.			in 1000	in Mill.			in 1000
bisherige Bundesländer (West)	26,8	3,9 ²⁾	0,6	4,5	450	3,5 ²⁾	0,6	4,1	410
neue Bundesländer (Ost)	7,0	—0,1	0,9	0,8	80	0,3	0,9	1,2	120
Zusammen	33,8	3,8	1,5	5,3	530	3,8	1,5	5,3	530

¹⁾ Unter Berücksichtigung des Fehlbstandes im Basisjahr. — ²⁾ Veranschlagter Nettozugang im Zeitraum 1987 bis 2000 (Szenario A: 4,5 Mill., Szenario B: 4,1 Mill.), abzüglich des Nettozugangs bis zum Jahresende 1990 (0,6 Mill.).

Quelle: Berechnungen des DIW.

Zuzug von Aussiedlern wünschenswert. Im Szenario B ist angenommen worden, daß die Abwanderung im kommenden Jahrzehnt statt 1,1 Mill. nur 0,6 Mill. Personen betragen wird, und daß ein Teil der Aussiedler und Ausländer im Gebiet der ehemaligen DDR ansässig wird. Die Wohnbevölkerung in den neuen Bundesländern wird sich bei diesem Szenario bis zum Ende des Jahrzehnts nur wenig verringern, die Zahl der Privathaushalte sogar geringfügig zunehmen.

Der Baubedarf ergibt sich auch dann aus dem Ersatz von knapp 1 Mill. Wohnungen und einem Defizit von 0,2 Mill. Wohnungen. Unter diesen Prämissen müßte die Bautätigkeit im Verlauf des Jahrzehnts von zunächst 100 000 auf später mehr als 120 000 Wohnungen pro Jahr steigen. Für die Baukapazitäten würde das bedeuten, daß die Maximalleistung, wie sie zu Beginn der 80er Jahre in der DDR zu beobachten war, bald wieder erreicht werden müßte.

Fazit:
Kräftige Ausweitung des Wohnungsbaus
in Deutschland notwendig

Für West- und Ostdeutschland zusammen wird sich in beiden Szenarien ein Bedarf an Wohnungsneubauten im kommenden Jahrzehnt von mehr als 500 000 Wohnungen pro Jahr ergeben.

Die Wohnungspolitik wird die Förderungsinstrumente auf dieses Niveau einstellen müssen. Die direkte Förderung muß wieder einen höheren Stellenwert erhalten, weil die in der Bundesrepublik getroffene Weichenstellung in Richtung einer vorwiegend steuerlichen Begünstigung in der ehemaligen DDR auf absehbare Zeit nicht zum Tragen kommen wird.

Rund ein Fünftel des Zusatzbedarfs entfällt auf die neuen Bundesländer; bei den Sanierungs- und Modernisierungsaufgaben ist dieser Anteil sehr viel größer. Auch bei den Gebäuden, die nicht so hohe Schäden aufweisen, daß sie vom Abriß bedroht sind, ist ein großer Nachholbedarf vorhanden.

Die Größenordnung der Aufwendungen für die Sanierung und Modernisierung des Wohnungsbestandes in den neuen Bundesländern läßt sich anhand der Bauvolumensrechnung verdeutlichen: Im Westen werden jährlich ebensoviel Bauleistungen für bestandserhaltende Maßnahmen nachgefragt wie für den Neubau, zur Zeit 66 Mrd. DM; bezogen auf den Wohnungsbestand sind das rund 2 500 DM je Wohnung. Überträgt man diese Relation auf die 7 Mill. Wohnungen in den neuen Bundesländern, so ergäbe das allein eine Bauleistung von 17,5 Mrd. DM. Dieser Betrag entspricht in etwa dem, was für die gesamte Wohnungsbautätigkeit (Neubau und Reparaturen) in den letzten Jahren — in Mark der DDR gerechnet — aufgewendet wurde. Der Aufwand je Wohnung müßte dort jedoch für einige Zeit sehr viel höher sein.

Exkurs: Zum hohen Ersatzbedarf in Ostdeutschland

Das DDR-Wohnungsbauprogramm war in den vergangenen fünfzehn Jahren vordringlich auf Neubauten — fast ausschließlich in Großserienbauweise — ausgerichtet, um einen globalen Ausgleich zwischen der Zahl der Wohnungen und der Zahl der Haushalte bis zum Beginn der neunziger Jahre herbeizuführen.

Geht man von den statistischen Daten aus, so ist dieses Ziel erreicht worden. Den 16,3 Mill. Einwohnern, die in 6,6 Mill. Haushalten leben, stehen 7 Mill. Wohnungen gegenüber. Dennoch ist die Wohnungsmarktlage angespannt. Dies zeigt sich schon darin, daß bei den kommunalen Stellen, die für die Wohnraumvergabe zuständig sind, bis vor kurzem 780 000 Anträge auf Wohnungen registriert waren¹⁰. Der größte Teil dieser Antragsberechtigten (470 000) sind Personen, die sich zur Zeit mit anderen zusammen eine Wohnung teilen müssen; bei den übrigen handelt es sich um Wohnungssuchende, die entweder in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht sind, oder in Wohnungen, bei denen ohne zügige Sanierung eine baldige Räumung unvermeidbar ist.

Im Bestand an Wohnungen ist eine beträchtliche Zahl Zweitwohnungen enthalten, die nur zeitweilig genutzt werden. Diese Nebenwohnungen werden z.B. von Arbeitsplatzpendlern oder eheähnlichen Gemeinschaften genutzt. Unverheiratete Paare wurden bei der Wohnungsvergabe in der DDR, auch wenn sie Kinder hatten, nicht als Familie angesehen, die eine größere Wohnung beanspruchen könnte. Wegen der niedrigen Mieten war es häufig üblich, daß der Partner seine Wohnung beibehielt.

Insgesamt könnten die nur zum Teil genutzten Wohnungen das vorhandene Defizit mildern, wenn sie freigesetzt würden. Dies ist indes erst im Zuge der angekündigten Mietenanhebung zu erwarten. Dennoch würde auch dann der Fehlbestand groß bleiben, weil viele Wohnungen als kaum noch bewohnbar leerstehen. Mit der hohen Priorität des Wohnungsneubaus wurde die Instandhaltung von Altbauten grob vernachlässigt.

Die 1979/80 durchgeführte Bauzustandserhebung, die bewußt unveröffentlicht blieb, offenbarte bereits erhebliche Mängel. Damals war schon ein Fünftel des Bestandes baufällig. Die Planer sahen darüber jedoch hinweg oder sie unterschätzten die Tragweite des Verfalls der Bausubstanz, die sich verstärkt fortsetzte.

Kurz vor der Wende hatte man für die neunziger Jahre ein langfristiges Konzept zur Verbesserung der Bausubstanz erarbeitet. Es wurden zwei unterschiedliche Vorstellungen entwickelt: Die eine setzte auf eine gezielte Ver-

¹⁰ Vgl.: J. Zimmermann: Wohnungsmarkt und Städtebau in der DDR: Ausgangslage — Probleme — Konzepte. In: Ifo-Schnelldienst, Heft 15/1990, S.13.

jüngung der Wohnbausubstanz¹¹. Bestandspflege sollte es nur für die besser erhaltenen Gebäude geben, zentrale Planvorgaben sahen einen weitreichenden Abriß alter Gebäude vor¹². Die Gegenposition zielte überwiegend auf Bestandspflege bei möglichst weitreichender Erhaltung auch der alten Gebäudegruppen¹³.

Dafür könnte es jedoch vielerorts schon zu spät sein. Die von der Bauakademie durchgeführte Fortschreibung des Bauzustandes bis zum Jahre 1990 zeigt für die Mehrfamilienhäuser aus der Zeit vor 1945 (2 Mill. Wohnungen) nach Bauzustandsstufen folgende Anteile:

Stufe 1 (gut erhalten):	9 vH
Stufe 2 (geringe Schäden):	40 vH
Stufe 3 (schwerwiegende Schäden):	40 vH
Stufe 4 (unbewohnbar):	11 vH

Am stärksten betroffen sind Altstadtquartiere in den großen Städten (z.B. Berlin-Mitte, Leipzig, Halle und Dresden), aber auch viele Klein- und Mittelstädte. Unter „schwerwiegenden Schäden“ wird häufig genannt, daß Wohnungen in den oberen Etagen und im Erdgeschoß Einwirkungen von Nässe aufweisen. Neben den Schäden an Dächern, Fundamenten und Fassaden sind auch die Mängel an Heizungen und Versorgungssystemen gravierend. Die Folge davon ist, daß viele Gebäude bereits „leergezogen“ oder kaum noch bewohnbar sind. Es liegen nur für einzelne Städte Angaben vor, insgesamt muß man wohl den Leerstand auf etwa ½ Mill. Wohnungen beziffern. Er wird sich noch rapide vergrößern, wenn nicht umgehend Maßnahmen zur Gebäudeerhaltung eingeleitet werden.

Die Autoren der Baukonzeption für die frühere DDR bis 2000¹⁴ weisen jetzt darauf hin, daß die in dem offiziellen Papier genannten Quoten in Wirklichkeit viel zu günstig sind. Für das künftige Jahrzehnt wurde ein Ersatzbedarf von 680 000 Wohnungen in Mehrfamilienhäusern (Altbestand) konstatiert¹⁵: Rund 480 000 Wohnungen, die unmittelbar zu ersetzen wären, und 200 000, die im kommenden Jahrzehnt wegen mangelnder Instandsetzungsmöglichkeiten in die Bauzustandsstufe 4 einzureihen wären. Zusammen ist dies ein Drittel des Altbaubestandes an Mehrfamilienhäusern.

Der Zustand der 2,3 Mill. Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern ist besser, obwohl das Durchschnittsalter (83 Jahre) sehr hoch ist. Die Eigentümer oder Nutzer haben in Eigeninitiative vielfach Instandhaltungen und Reparaturen durchgeführt. Für diesen, überwiegend dörflichen, Bestand wurde bis zum Jahr 2000 lediglich ein Abgang von insgesamt 130 000 Wohnungen in Ansatz gebracht (6 vH dieses Bestandes).

Aus heutiger Sicht erscheint die „Abrißplanung“ von 800 000 Wohnungen als erschreckend hoch. Es ist nur schwer abschätzbar, wieviel vom Altbestand tatsächlich erhalten werden kann oder wieviel als Ersatzneubau in alter bzw. angepaßter Form, die sich am gewachsenen

Stadtbild in der Vergangenheit orientiert, wiederaufgebaut werden sollte. Jedoch steht fest, daß die Kosten für eine „Rekonstruktion“ von vernachlässigten Gebäuden an die Neubaukosten heranreichen oder sogar darüber liegen.

Bei einer städtebaulichen Sanierung wird man aber auch einen Abriß in Rechnung stellen müssen, mit dem die Städte entkernt und Neubaukomplexe sinnvoll in die Verkehrsführung eingebunden werden können. Selbst eine auf Erhaltung ausgerichtete Bautätigkeit kann nicht verhindern, daß Wohnungen abgerissen werden müssen.

Auch bei den nach 1945 gebauten Mehrfamilienhäusern (2,7 Mill. Wohnungen), die überwiegend in „industrieller Bauweise“ errichtet worden sind, liegen häufig schwerwiegende Mängel vor. Zu nennen sind: Betonschäden sowie Mängel an Dächern, Fassaden und Installationen, weil Baumaterialien mit geringer Lebensdauer eingesetzt worden sind. Wie stark die Nutzungsdauer von ausgewählten Bauteilen in der DDR gegenüber dem westlichen Standard zurückbleibt, zeigt die folgende Übersicht (in Jahren)¹⁶

	DDR	Internationaler Standard
Dachbeläge	15 — 20	> 30
Außenwände, Fugendichtungen	15	> 30
Heizungen	15	> 30
Sanitärinstallationen, Warmwasserleitungen	20	> 30
Elektroinstallationen (einschl. Leitungsmaterial)	30	> 45

¹¹ Gut die Hälfte der 4,7 Mill. Wohnungen in Mehrfamilienhäusern sind bis zum Jahre 1960 in traditioneller Bauweise errichtet worden, sie haben ein Durchschnittsalter von 78 Jahren. Knapp die Hälfte stellen Gebäude in Fertigbauweise dar, die nach 1960 gebaut worden sind (Durchschnittsalter: 14 Jahre).

¹² Vgl. Peter Doehler: Zu den Erfordernissen der intensiv erweiterten Reproduktion der Wohnungen des Mehrfamilienhausbestandes in den Städten der DDR im Zeitraum der 80er Jahre. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Architektur und Bauwesen, Weimar 1989, Heft 3/4, S. 115 ff.

¹³ Vgl. Bernd Hunger u.a.: Städtebauprognose — Städtebauliche Grundlagen für die langfristige intensive Entwicklung und Reproduktion der Städte. Hrsg.: Bauakademie der DDR, Institut für Städtebau, Berlin (Ost), November 1989, S. V und S. 61 ff.

¹⁴ Vgl. H.-J. Krehl u.a.: Technisch-ökonomische Konzeption zur Reproduktion der Bausubstanz in den Städten und Gemeinden nach 1990 (TÖK). Leipzig 1989, unveröffentlichtes Manuskript, S. 15.

¹⁵ Vgl. Technisch-ökonomische Konzeption ..., a. a. O., S. 40.

¹⁶ Vgl. Otto Dienemann: Zuarbeit zum Raumordnungsbericht der DDR — Kurzfassung. Unveröffentlichtes Manuskript. Berlin (Ost), Februar 1990, Anlage 6.

Die Wetterschutzschicht der Fertigteile ist in der Betonqualität mangelhaft. Bei weiter zunehmendem Verschleiß werden Bauaufwendungen in Milliardenhöhe erwartet¹⁷. Deshalb kann auch beim Neubau ein Teil (10 bis 12 vH) auf Dauer nicht erhalten werden.

Für Alt- und Neubauten zusammen ist somit bis zum Jahre 2000 mit einem Ersatzbedarf von etwa einer Million Wohnungen zu rechnen; das entspricht einem Siebtel des derzeitigen Bestandes.

¹⁷ Vgl. Technisch-ökonomische Konzeption ..., a.a.O., S. 18.

Die ökonomische Situation von Alleinerziehenden in der DDR und der Bundesrepublik Deutschland in den 80er Jahren

Kinderbetreuung muß erhalten und ausgebaut werden

Die Angleichung der unterschiedlichen Wirtschafts- und Sozialsysteme im vereinten Deutschland ist auch im Familienbereich eine drängende Aufgabe¹.

In Hinblick auf die künftige Gestaltung der Möglichkeiten, Erwerbstätigkeit und Kindererziehung miteinander zu verbinden, gibt eine Analyse des Status quo ante der Alleinerziehenden Hinweise auf konkrete soziale Probleme. In der Bundesrepublik Deutschland ist die Zahl der Alleinerziehenden mit Kindern unter 18 Jahren von 1981 bis 1988 um knapp 50 000 auf 950 000 gestiegen; ihr Anteil an allen Haushalten mit Kindern unter 18 Jahren hat sich von 11 vH auf 14 vH erhöht. In der DDR lag die Zahl der Alleinerziehenden mit Kindern unter 17 Jahren 1981 bei 360 000, dies entsprach einem Anteil an allen Haushalten mit Kindern von 15 vH. Zunehmende Scheidungsraten sowie mehr außereheliche Geburten sprechen dafür, daß der Abstand zur Bundesrepublik noch größer geworden ist.

Zur Methode

Für diese Analyse werden Ergebnisse der „Einkommensstichprobe in Arbeiter- und Angestelltenhaushalten der DDR“ (AAE)² für das Jahr 1988 mit Ergebnissen des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP)³ aus dem Jahre 1985 für die Bundesrepublik Deutschland verglichen⁴.

Die AAE 1988 ist eine geschichtete Zufallsstichprobe für Arbeiter- und Angestelltenhaushalte. Die Grundgesamtheit für die Stichprobe umfaßt — was für die DDR typisch war — nicht die Arbeitnehmerhaushalte im sogenannten X-Bereich (Militär, Polizei, Parteien u.ä.); ferner sind Genossenschaftsmitglieder nur teilweise einbezogen.

Alleinerziehende sind in der AAE-Stichprobe enthalten, soweit sie erwerbstätig waren. Angesichts der hohen Erwerbsquoten von Frauen in der DDR⁵ kann angenommen werden, daß Alleinerziehende in der DDR praktisch immer erwerbstätig waren.

In der Bundesrepublik war der Anteil nicht erwerbstätiger Alleinerziehender mit 43 vH sehr hoch. Es wird hier deshalb zwischen den Gruppen „abhängig beschäftigte Alleinerziehende“ und „alle Alleinerziehende“ unterschieden.

Bei der Abgrenzung von Alleinerziehenden-Haushalten sind verschiedene Definitionen möglich und — je nach Fragestellung — auch sinnvoll. In enger Abgrenzung leben in

Alleinerziehenden-Haushalten nur Kinder bis 16 Jahre und ein Elternteil. Diese enge Abgrenzung wurde für die folgenden ökonomischen Analysen gewählt, da die Probleme von Alleinerziehenden größer sind, wenn sie nicht

¹ Zur allgemeinen Erwerbsituation der Frauen vgl. Frauen in Familie und Beruf. Bearb.: Elke Holst und Jürgen Schupp. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 29/90, und Johannes Schwarze, Martin Gornig und Michael Steinhöfel (1990): Die Bedeutung der Frauenerwerbstätigkeit für die Einkommensverteilung in beiden deutschen Staaten. In: Arbeit und Sozialpolitik (44), S. 202-206.

² Vgl. Peter Krause und Johannes Schwarze (1990): Die Einkommensstichprobe in Arbeiter- und Angestelltenhaushalten der DDR vom August 1988 — Erhebungskonzeption und Datenbankzugriff, DIW-Diskussionspapier Nr. 11, Berlin.

³ Vgl. Autorengemeinschaft (1990): Das Sozio-ökonomische Panel für die Bundesrepublik Deutschland nach fünf Wellen, in: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 2, S. 141-151.

⁴ Die für den Einkommensvergleich notwendigen Personen- und Haushaltseinkommensdaten liegen in differenzierter Form mit detaillierten Angaben zu einzelnen Transferleistungen für das SOEP nur bis 1985 vor. (Vgl. Roland Berntsen (1989): Einkommensanalysen mit den Daten des Sozio-ökonomischen Panels unter Verwendung von generierten Einkommensdaten, Sfb 3-Arbeitspapier, Nr. 291.) Es ist indes nicht zu erwarten, daß sich die Situation Kindererziehender zwischen 1985 und 1988 signifikant geändert hat.

⁵ Vgl. Vereintes Deutschland — geteilte Frauengesellschaft. Bearb.: Ellen Kirner, Erika Schulz und Juliane Roloff. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 41/90.

auf weitere Haushaltsmitglieder „zurückgreifen“ können. Weitere Haushaltsmitglieder können Eltern, Großeltern, ein Lebenspartner oder sonstige Personen sein. Den Alleinerziehenden wird in der folgenden Analyse die „Normalfamilie“ gegenübergestellt, definiert als Ehepaar mit mindestens einem Kind bis 16 Jahre und ohne weitere Haushaltsmitglieder.

Rahmenbedingungen für hohe Frauen-Erwerbsbeteiligung in der DDR

Eine möglichst vollständige Integration der Frauen in das Erwerbsleben war eines der gesellschaftspolitischen Ziele der alten DDR-Führung — und dies aus zwei Gründen: Einmal wurde die Gleichstellung von Mann und Frau angestrebt, sie hat die wirtschaftliche Unabhängigkeit als Voraussetzung. Zum anderen bestand unter den Bedingungen der Planwirtschaft Arbeitskräftknappheit. Ein weiteres gesellschaftspolitisches Ziel war die Geburtenförderung. Erwerbstätigkeit und Kindererziehung sind indes konkurrierende Ziele. Umfangreiche sozialpolitische Maßnahmen sollten helfen, beides in Einklang zu bringen.

Vor diesem Hintergrund ist das gut ausgestaltete System der Leistungen für berufstätige Mütter/Frauen zu sehen, das Alleinerziehende besonders begünstigt. Die wichtigsten noch geltenden Mutterschafts-/Familienleistungen der früheren DDR sind:

- Schwangerschafts- und Wochenurlaub von insgesamt 26 Wochen mit vollem Lohnausgleich.
- Bezahlte Freistellung von der Arbeit nach Ablauf des Wochenurlaubs bis zur Vollendung des 12. Lebensmonats des Kindes (für erste und zweite Kinder) bzw. des 18. Lebensmonats (für dritte und weitere Kinder). Für diese Zeit erhalten die Berechtigten eine Unterstützung in Höhe des Krankengeldes, auf das sie bei eigener Arbeitsunfähigkeit wegen Krankheit von der siebenten Woche an Anspruch haben — in der Regel 70 bis 90 vH des Nettoeinkommens.
- Alleinstehende berufstätige Mütter, denen nach Ablauf dieser Fristen kein Krippenplatz zur Verfügung gestellt werden kann, bekommen weiter die Mütterunterstützung in Höhe des Krankengeldes.

Die Mutterschaftsleistungen sind in erster Linie unter den Aspekten Schutzfunktion und Geburtenförderung zu sehen, sie enthalten aber auch arbeitsrechtliche Komponenten, die den Wiedereinstieg in das Erwerbsleben sichern. So besteht im Anschluß an den Wochenurlaub bzw. an die bezahlte Freistellung Anspruch auf den alten oder einen vergleichbaren Arbeitsplatz. Alleinstehenden mit Kindern unter drei Jahren darf generell nicht gekündigt werden.

Für die Zeit nach Wiedereintritt in die Berufstätigkeit sind bisher noch die Möglichkeit der Kinderbetreuung

und Regelungen im Falle der Erkrankung von Kindern von großer Bedeutung:

- In quantitativer Hinsicht ist die ehemalige DDR ausgesprochen gut mit Einrichtungen zur Kinderbetreuung ausgestattet. Der Betreuungsgrad (betreute Kinder in vH der Zahl der Kinder in den betreffenden Altersgruppen) betrug 1989 bei Krippen 80 vH, bei Kindergärten 95 vH und bei Horten 82 vH. Alleinerziehende werden bei der Vergabe von Plätzen vorrangig berücksichtigt. Am Schulessen nahmen 86 vH der Schüler teil. Aufgrund hoher staatlicher Subventionen gibt es eine Kostenbeteiligung der Eltern nur in Form von geringen Gebühren für die Verpflegung.
- Zur Pflege erkrankter Kinder besteht ein Anspruch auf Freistellung von der Arbeit. Eine unbezahlte Freistellung steht allen Eltern ohne zeitliche Begrenzung zu. Alleinstehende Berufstätige sowie berufstätige verheiratete Mütter mit zwei und mehr Kindern erhalten für die Zeit der Freistellung Geldleistungen der Sozialversicherung. Für die Dauer von zwei Tagen betragen sie 90 vH des Nettoverdienstes, vom dritten Tag an werden Beträge in Höhe des Krankengeldes wie bei Mütterunterstützung gezahlt. Die bezahlte Freistellung ist befristet, und zwar gestaffelt nach der Zahl der Kinder. Bei einem Kind (nur für Alleinstehende) wird sie für längstens vier Wochen im Kalenderjahr gewährt, bei zwei Kindern für sechs Wochen, bei fünf und mehr Kindern für 13 Wochen.

Die Regelungen für Erwerbstätige bei Mutterschaft und bei Erkrankung der Kinder sowie die Versorgung mit Einrichtungen zur Kinderbetreuung sind auf dem Gebiet der ehemaligen DDR erheblich besser als in der bisherigen Bundesrepublik. Im Einigungsvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR ist nun vorgesehen, daß nach einer kurzen Übergangszeit auch hier das Recht der alten Bundesrepublik übernommen wird. Einrichtungen zur Kinderbetreuung werden Ländersache; ihre Zukunft ist ungewiß.

Demographische und soziale Strukturen

Tabelle 1 gibt einen Überblick über die demographischen Strukturen aller Kindererziehenden in der Bundesrepublik⁶ und der DDR in den Jahren 1985 bzw. 1988. Für Ostdeutschland fällt auf, daß es sich bei Alleinerziehenden fast ausschließlich um Frauen handelt, während immerhin über 10 vH der Alleinerziehenden in Westdeutschland Männer sind. Hier dürfte zum Ausdruck kommen, daß die Erleichterung der Kinderbetreuung in der DDR gesetzlich sehr stark an die Mütter gebunden

⁶ Zur Vergleichbarkeit mit der AAE werden für die BRD nur Haushalte berücksichtigt, in denen der Haushaltsvorstand 65 Jahre und jünger ist.

Tabelle 1

**Struktur der Haushalte von Alleinerziehenden und Normalfamilien
nach Alter, Geschlecht, Familienstand und Qualifikation der Bezugsperson**

	Alleinerziehende			Normalfamilien		
	DDR	Bundes- republik abh. ¹⁾	alle ²⁾	DDR	Bundes- republik abh. ¹⁾	alle ²⁾
	vH			vH		
Altersgruppen						
bis 30 Jahre	45,6	13,4	17,5	28,6	13,3	13,2
30 bis 45 Jahre	49,0	51,5	50,7	63,5	63,9	61,8
46 u.m. Jahre	5,3	35,2	31,8	7,9	22,7	25,0
Geschlecht						
männlich	3,1	12,8	11,7	88,0	97,4	96,8
weiblich	96,9	87,2	88,3	12,0	2,6	3,2
Familienstand						
verheiratet	2,4	19,9	21,2	100	100	100
ledig	32,7	13,5	12,2	—	—	—
verwitwet	4,9	21,7	14,5	—	—	—
geschieden	60,0	44,9	52,1	—	—	—
berufl. Qualifikation						
ohne Ausbildung	7,0	18,3	29,7	2,3	8,6	9,8
Facharbeiter/Lehre	60,8	67,3	60,3	56,9	55,9	56,6
Meister/Techniker	1,8	5,3	2,9	8,3	9,4	9,7
FHS-Abschluß	23,4	0,0	0,7	15,8	4,6	4,6
Uni-Abschluß	7,1	4,6	2,8	16,7	11,8	10,1
Keine Angabe	—	4,7	3,6	—	9,7	9,3
durchschnittliche Haushaltsgröße (in Personen)	2,4	2,5	2,7	3,7	3,9	3,9
¹⁾ Nur Haushalte mit abhängig beschäftigter Bezugsperson (Arbeiter, Angestellte, Beamte). — ²⁾ Alle Haushalte. <i>Quellen:</i> Einkommensstichprobe in Arbeiter- und Angestelltenhaushalten der DDR im August 1988; SOEP 1985 (2. Welle); Berechnungen des DIW.						

war⁷. Im Falle von Scheidungen wurde zudem in der DDR fast ausschließlich der Mutter das Erziehungsrecht für die Kinder zugesprochen.

Im Gebiet der früheren DDR sind Alleinerziehende jünger und in höherem Maße ledig als in Westdeutschland. Das durchschnittliche Heirats- und Gebäralter war in der DDR generell erheblich niedriger. Die Angaben zur beruflichen Qualifikation sind in ihrer Struktur vermutlich nur bedingt vergleichbar. Es kommt zum Ausdruck, daß Alleinerziehende weit häufiger als die Bezugspersonen in Normalfamilien (meist Väter) keinen beruflichen Abschluß haben. Im unmittelbaren Vergleich lag der Anteil „ohne Ausbildung“ aber in beiden Haushaltsgruppen in der DDR deutlich unter dem der Bundesrepublik.

Einkommensstrukturen und Wohlfahrtspositionen

Bei der Beurteilung der ökonomischen Lage von alleinerziehenden Haushalten stehen das durchschnittliche

Haushalts-Nettoeinkommen pro Kopf sowie die daraus abgeleiteten relativen „Armutsgrenzen“ im Vordergrund. Der große absolute Einkommensabstand zwischen den beiden Wirtschaftsräumen wird dabei nicht betrachtet, sondern die Aussagen beziehen sich auf die durchschnittlichen Lebensverhältnisse im jeweiligen Land.

In beiden Ländern hatten Alleinerziehende weitaus niedrigere Durchschnittseinkommen als Normalfamilien oder alle Haushalte zusammengenommen (vgl. Tabelle 2). Sie erreichten in der DDR rund 80 vH des Pro-Kopf-Einkommens der Normalfamilien. In der Bundesrepublik ergibt sich ein differenziertes Bild: Haushalte von abhängig beschäftigten Alleinerziehenden verfügten über rund 90 vH, die übrigen über weit weniger. Insgesamt betrug der Rückstand 75 zu 100 in der Normalfamilie.

⁷ Erst seit 1986 kann in begründeten Fällen auch vom Vater das Recht auf bezahlte Freistellung in Anspruch genommen werden.

Tabelle 2

**Haushalts-Nettoeinkommen
von Alleinerziehenden und Normalfamilien**

	Durchschnittliches Haushalts- Nettoeinkommen pro Kopf	
	in Mark/DM	in vH des Einkommens der Normalfamilien
DDR		
Alleinerziehende	479	81
Normalfamilien	596	100
Insgesamt	769	129
Bundesrepublik		
Haushalte mit abhängig beschäftigter Bezugsperson		
Alleinerziehende	857	92
Normalfamilien	931	100
Insgesamt	1 425	153
Alle Haushalte		
Alleinerziehende	720	75
Normalfamilien	963	100
Insgesamt	1 358	141
<i>Quellen:</i> Einkommensstichprobe in Arbeiter- und Angestelltenhaushalten der DDR im August 1988; SOEP 1985 (2. Welle); Berechnungen des DIW.		

In Tabelle 3 werden — wie in der internationalen Literatur üblich — „Armutsschwellen“ quantifiziert. Die restriktivste Grenze sind 40 vH des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens aller Haushalte; es wird also angenommen, daß Haushalte arm sind, die weniger als 40 vH des Durchschnitts zur Verfügung haben. Per Definitionem steigt der Anteil der „armen“ Haushalte, je höher diese Armutsschwelle angesetzt wird. Da strittig ist, ab welcher Einkommensposition von Armut geredet werden kann oder muß, wurden drei Schwellen errechnet: 40, 50 und 60 vH des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens aller Haushalte.

Der größere Anteil an „armen“ Haushalten in Westdeutschland ist vor allem auf die im Vergleich zum Gebiet der ehemaligen DDR weit größere Streuung in der Einkommensverteilung zurückzuführen. Gemessen an der 60 vH-Armutsschwelle sind in Westdeutschland rechnerisch etwa 25 vH aller Haushalte arm oder armutsgefährdet, während es in der DDR nur reichlich 10 vH sind.

Haushalte mit Kindern liegen im Gebiet der früheren Bundesrepublik Deutschland weitaus häufiger im Bereich niedriger Einkommen. Bei den Normalfamilien sind es in Westdeutschland 45 vH, dagegen nur 17 vH im Gebiet der früheren DDR. Weit schlechter sieht es in beiden Teilen Deutschlands bei den alleinerziehenden Haushalten aus: Im Gebiet der ehemaligen DDR fällt die Hälfte unter die 60 vH-Armutsschwelle, in Westdeutschland sind es sogar zwei Drittel.

Tabelle 3

Armutsraten von Alleinerziehenden und Normalfamilien

	Anteil der Haushalte in vH der jeweiligen Gruppe bei Armutsgrenzen ¹⁾ von ...		
	40 vH	50 vH	60 vH
DDR			
Alleinerziehende	5,7	23,0	50,2
Normalfamilien	0,7	4,5	16,5
Insgesamt	0,7	3,4	10,5
Bundesrepublik			
Haushalte mit abhängig beschäftigter Bezugsperson			
Alleinerziehende	15,9	28,8	51,8
Normalfamilien	9,5	26,2	43,5
Insgesamt	4,3	11,1	19,4
Alle Haushalte			
Alleinerziehende	39,4	53,0	68,1
Normalfamilien	11,9	28,9	45,0
Insgesamt	6,8	15,3	25,3
¹⁾ Haushalts-Nettoeinkommen bis zu ... des Pro-Kopf-Nettoeinkommens aller Haushalte. <i>Quellen:</i> Einkommensstichprobe in Arbeiter- und Angestelltenhaushalten der DDR im August 1988; SOEP 1985 (2. Welle); Berechnungen des DIW.			

Tabelle 4 informiert über die Transfereinkommen und ihren Anteil am Nettoeinkommen der Haushalte. Unter den Transfers hatten betriebliche Zahlungen kaum eine Bedeutung. Die staatlichen Transferzahlungen an Normalfamilien unterscheiden sich mit Einkommensanteilen von unter 10 vH in beiden Gebieten nur wenig. Alleinerziehende in der ehemaligen DDR erhalten jedoch kaum mehr staatliche Transfers als Normalfamilien⁸, während im früheren Bundesgebiet insbesondere nicht-erwerbstätige Alleinerziehende in höherem Maße von staatlichen Transfers (überwiegend Sozialhilfe und Wohngeld) abhängig sind.

Überraschen dürfte, daß Alleinerziehende im Gebiet der ehemaligen DDR — ausgedrückt als Anteil am Haushalts-Nettoeinkommen pro Kopf — fast doppelt so hohe private Transfers erhalten wie in Westdeutschland. Es kann anhand der AAE-Stichprobe nicht unterschieden werden, in welchem Ausmaße es sich um Unterhaltszahlungen von Vätern oder Großeltern handelt.

Die große Bedeutung privater Unterhaltszahlungen für Alleinerziehende in Ostdeutschland wird deutlich, wenn man Armutsquoten berechnet, ohne die privaten Transfers zu berücksichtigen. Die Armutsquoten fallen dann hier erheblich größer aus, während es in der Bundesrepublik Deutschland nur moderate Veränderungen gibt.

Sozialpolitische Schlußfolgerungen

Die Analyse der Einkommens-Situation von Alleinerziehenden-Haushalten in der DDR im Jahre 1988 und in der

Bundesrepublik Deutschland 1985 anhand zweier großer, repräsentativer Stichprobenerhebungen zeigt, daß ihre Einkommensposition deutlich ungünstiger ist als in Normalfamilien (Eltern mit mindestens einem Kind). Aufgrund der hohen Erwerbsbeteiligung von Kindererziehenden in der DDR war deren relative ökonomische Position insgesamt besser als in der Bundesrepublik Deutschland. Im unmittelbaren Vergleich von alleinerziehenden Arbeitnehmern weichen die relativen Armutsindikatoren nicht weit voneinander ab. Bei diesen Aussagen, die sich auf relative Einkommenspositionen beziehen, bleibt allerdings offen, inwieweit das niedrige Einkommensniveau im Gebiet der früheren DDR Probleme verschärft.

Nicht in die empirischen Betrachtungen einbezogen werden konnten die Einkommensausfälle von Alleinerziehenden im Zusammenhang mit der Geburt von Kindern. Sie waren in der Bundesrepublik sicher größer als in der DDR.

Von besonderer Bedeutung sind im Gebiet der DDR private Transferzahlungen an Alleinerziehende. Im Zuge der deutschen Einigung entstand in den neuen Bundesländern Arbeitslosigkeit, die Alleinerziehende doppelt treffen kann: Verlust der eigenen Erwerbseinkünfte und Fortfall privater Transfers mangels Zahlungsfähigkeit.

⁸ Allerdings werden in der AAE Alleinerziehende im Babyjahr aufgrund der Stichprobenziehung nicht erfaßt. Dies führt zu niedrigeren Durchschnittswerten bei den ausgewiesenen staatlichen Transfers (Geburtenbeihilfen, Schwangerschafts- und Wohngeld, Mutterunterstützung für bezahlte Freistellung) für Alleinerziehende im Vergleich zu Normalfamilien.

Tabelle 4

Transfereinkommen von Alleinerziehenden und Normalfamilien

	Alleinerziehende			Normalfamilien		
	DDR	Bundes- republik abh. ¹⁾	alle ²⁾	DDR	Bundes- republik abh. ¹⁾	alle ²⁾
Transfers	Mark/DM pro Kopf					
staatlich	46	91	150	42	46	56
privat	50	41	41	2	1	1
betrieblich	1	—	—	2	—	—
insgesamt	97	132	191	46	47	57
Anteil der Transfers am Haushalts-Netto- einkommen	vH ³⁾					
staatlich	10,6	15,8	32,8	7,9	6,2	8,6
privat	10,9	5,8	6,9	0,4	0,1	0,2
betrieblich	0,1	—	—	0,3	—	—
insgesamt	21,6	21,6	39,7	8,6	6,3	8,8

¹⁾ Nur Haushalte mit abhängig beschäftigter Bezugsperson (Arbeiter, Angestellte, Beamte). — ²⁾ Alle Haushalte. —

³⁾ Durchschnittswerte der individuellen Anteile.

Quellen: Einkommensstichprobe in Arbeiter- und Angestelltenhaushalten der DDR im August 1988; SOEP 1985 (2. Welle); Berechnungen des DIW.

Durch die Übernahme des bundesdeutschen Rechts und die ungewisse Zukunft der Einrichtungen zur Kinderbetreuung kommen für Frauen — sie sind bereits in größerem Umfang arbeitslos als Männer — weitere Risiken hinzu. Doch die überwiegende Zahl der Frauen/Alleinerziehenden will arbeiten und muß dies aus ökonomischen Gründen auch tun. Für veränderte Rahmenbedingungen, die in ganz Deutschland die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Kindererziehung fördern, bieten die Regelungen in der früheren DDR — obgleich unter anderen Bedingungen entstanden — durchaus Anknüpfungspunkte⁹. Ein Problem ist allerdings die bisher weitgehende Fixierung auf Frauen. Es gilt, gleiche Tatbestände für Männer und Frauen zu schaffen, zumal es künftig sicher mehr alleinerziehende Männer geben wird. Abweichend von der bisherigen Praxis dürften ebenso wie in Westdeutschland in den neuen Ländern bei Scheidungen vermehrt Kinder in die Obhut ihrer Väter gegeben werden.

Im bisherigen Bundesgebiet ist eine Ausweitung des Angebots an Einrichtungen zur Kinderbetreuung erforderlich. Auf dem Gebiet der bisherigen DDR sollten die bestehenden Einrichtungen unbedingt erhalten bleiben. Eine Neuregelung der Trägerschaft (kommunale Einrichtungen und freie Träger) und der Finanzierung (stärkere Kostenbeteiligung der Eltern unter Beachtung sozialer Belange) muß rasch in Angriff genommen werden. Auf Zuschüsse aus öffentlichen Kassen kann aber weiterhin nicht verzichtet werden.

Die Frage der Trägerschaft und Finanzierung stellt sich auch für Familienleistungen, die über den medizinisch notwendigen Mutterschutz hinausgehen, z. B. für die bezahlte Freistellung nach Ablauf des Wochenurlaubs. Eine Finanzierung etwa aus Beiträgen der Krankenversicherung ist nicht gerechtfertigt, weil diese Aufgaben im Verantwortungsbereich der gesamten Gesellschaft liegen. Zwar kommen kurzfristig als Leistungsträger die Krankenversicherungen in Frage, die Kosten müßten ihnen dann aus allgemeinen Haushaltsmitteln erstattet werden. So sieht das auch der erste Staatsvertrag für die Übergangszeit vor. Auf lange Sicht ist aber anzustreben, für die Betreuung von jüngeren Kindern sowie zur Versorgung von kranken Kindern und pflegebedürftigen Menschen eine gemeinsame Betreuungsversicherung in Ergänzung der bisherigen Systeme der sozialen Sicherung einzurichten¹⁰.

⁹ Vgl. dazu Notburga Ott et al., Kindererziehung und Erwerbstätigkeit — Marktwirtschaftliche Möglichkeiten der Vereinbarung von Kindererziehung und Erwerbstätigkeit in Deutschland, DIW-Diskussionspapier Nr. 7, Berlin 1990, und Ellen Kirner et al., a.a.O.

¹⁰ Vgl. Die Sozialversicherung der DDR — Wie und in welchem Maße muß sie neu gestaltet werden? (Autorengemeinschaft von Wissenschaftlern der Humboldt-Universität Berlin und des DIW). In: Arbeit und Arbeitsrecht/DDR, Heft 6/1990, S. 137 ff.

Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

Erscheinen zur Zeit im 59. Jahrgang. Format DIN A 4.

Heft 2-3/1989. 140 S. DM 78,—

Wirtschaftspolitische Strategien in den USA und in Großbritannien während der achtziger Jahre. Von *Manfred Teschner*. Probleme der Wirtschaftslenkung im marktwirtschaftlichen System der Bundesrepublik Deutschland. Von *Dieter Vesper*. Die wirtschaftliche Bedeutung eines Energieversorgungsunternehmens — unternehmensbezogenes Beispiel einer regionalen Input-Output-Analyse. Von *Urs Dolinski* und *Werner Münzenmaier*.

Arbeitnehmereinkommen in Berlin im interregionalen Vergleich — Eine Analyse für das Jahr 1986. Von *Rainer Pischner*.

Zu den Stabilitätseigenschaften ausgewählter ökonomischer Schätzfunktionen — Zur Lohn- und Preisbildung innerhalb der DIW-Version des ökonomischen Konjunkturmodells der Wirtschaftsforschungsinstitute und des disaggregierten ökonomischen FIND-Modells des DIW. Von *Okita A'Walelu*, *Gustav-Adolf Horn* und *Rudolf Zwiener*.

Das Sozialversicherungsmodell des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung im Rahmen des gesamtwirtschaftlichen Abstimmungsverfahrens der Bundesregierung. Von *Wolfgang Scholz*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensveränderungen.

Heft 4/1989. 116 S. DM 74,—

Amtseinführung von Prof. Dr. Lutz Hoffmann

Dr. Dieter Hiss

Dr. Peter Mitzscherling

Dr. Bernhard Molitor

Professor Dr. Frank Klanberg

Professor Dr. Lutz Hoffmann

Ausbildung an beruflichen Schulen von 1982 bis 2002 unter besonderer Berücksichtigung des Lehrbedarfs. Von *Wolfgang Jeschek*.

Neuberechnung der DIW-Konsummatrizen unter besonderer Berücksichtigung des Einzelhandels. Von *Jochen Schmidt*.

Die personelle Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland 1973, 1978 und 1983. Von *Eckart Bomsdorf*. Die Vermögensausstattung der Armen — Theoretische Überlegungen und empirische Anhaltspunkte. Von *Heinrich Schlomann*.

Strukturpolitik und Intensivierung in der DDR am Beispiel der Energiepolitik. Von *Jochen Bethkenhagen*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensveränderungen.

Heft 1/1990. 116 S. DM 74,—

Gedenkfeier für Ulrich von Hassel am 6. November 1989 im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung. Einführung von *Professor Dr. Lutz Hoffmann*.

Ulrich von Hassel — Ein Mann des Widerstands. Vortrag von *Professor Dr. Gregor Schöllgen*.

Staatliche Aufgaben im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel — Erfahrungen und Perspektiven. Von *Dieter Vesper*.

Unternehmensfinanzierung im Strukturwandel. Von *Heiner Flassbeck* und *Horst Tomann*.

Gesamtwirtschaftliche Effekte von Wechselkursänderungen — Analyse anhand eines ökonomischen Konjunkturmodells für die Bundesrepublik Deutschland. Von *Rudolf Zwiener*.

Die Wirtschaft der DDR in der Honecker-Ära. Von *Doris Cornelsen*.

Die wirtschaftswissenschaftliche DDR-Forschung in der Sowjetunion. Von *Ulrich Weißenburger*.

Beschäftigungswirkungen der Entwicklungshilfe im Geberland: Eine vergleichende Untersuchung für die Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien. Von *Dieter Schumacher*, *Mohammed H. Malek* und *Ronald S. May*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensveränderungen.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33

Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00

BTX-Systemnummer • 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Hans Heuer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner, in Vertretung Dr. Bernhard Seidel und Dieter Teichmann.

Privathaushalte und Wohnungsbedarf in Deutschland bis zum Jahr 2000. Bearbeitet von Bernd Bartholmai, Manfred Melzer und Erika Schulz. —

Die ökonomische Situation von Alleinerziehenden in der DDR und der Bundesrepublik Deutschland in den 80er Jahren. Bearbeitet von Joachim Frick, Peter Krause und Heinz Vortmann.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 125,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten